

MINUSMA 2022: Zwischen Söldnern und Sanktionen, Putschisten und Extremisten

Der UN-Mission MINUSMA kommt nach dem Abzug der französischen Streitkräfte aus Mali sowie der Suspendierung der EU-Mission EUTM eine noch größere Rolle beim Schutz der Bevölkerung und der Stabilisierung Malis zu. Sie unterstützt die politischen Bemühungen, nach einem erneuten Putsch im Mai 2021 und der Verschiebung der für Februar 2022 geplanten Wahlen eine Einigung zwischen der Junta und der Regionalorganisation ECOWAS über einen neuen Wahltermin zu erreichen. Die Umsetzung des Friedensabkommens von 2015 verläuft noch immer schleppend und wird durch den Rückzug Frankreichs zusätzlich erschwert. Inzwischen arbeitet die malische Militärregierung offenbar mit russischen Söldnern der sogenannten „Gruppe Wagner“ zusammen, der massive Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden. Zudem gehen die Angriffe extremistischer Gruppen auf UN-Personal, malische Sicherheitskräfte und die Zivilbevölkerung weiter. Auch ist die Sicherheitslage vor allem im Zentrum des Landes auf Grund von Kämpfen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen immer noch dramatisch. Im Jahr 2021 gab es in Mali rund 1.900 Konflikttote zu beklagen, darunter über 560 zivile Opfer.

| Hintergrund

Im Januar 2013 griff Frankreich auf Bitte der Regierung Malis in den Konflikt im Norden des Landes ein. Dort hatten Angehörige der ethnischen Gruppe der Tuareg Anfang 2012 eine Rebellion begonnen mit dem Ziel, einen autonomen Staat („Azawad“) zu errichten. Der erfolgreiche Aufstand zog zunehmend radikal-islamistische Gruppen an, die große Gebiete des Nordens unter ihre Kontrolle brachten. Diese konnten mithilfe einer französischen Eingreiftruppe zurückgedrängt werden. Im April 2013 wurde die „Multidimensionale Integrierte Stabilisierungsmission der UN in Mali“ (MINUSMA) eingerichtet. Im Juni 2015 unterzeichnete die malische Regierung in Algiers ein Friedensabkommen mit verschiedenen Rebellengruppen. Seine Eckpunkte sind die Entwaffnung der Rebellen, die Reform des Sicherheitssektors sowie mehr Autonomie für Nord-Mali.

Bereits seit 2020 befindet sich Mali in einer tiefen politischen Krise. Nach Monaten teils gewaltsamer Demonstrationen zwang im August 2020 ein Militärputsch Präsident Ibrahim Boubacar Keïta zum Rücktritt. Die Junta verständigte sich zunächst mit der westafrikanischen Regionalorganisation ECOWAS auf eine Beteiligung verschiedener politischer Parteien an der Übergangsregierung sowie eine 18-monatige Transition, die mit der Rückkehr zu einer demokratisch legitimierten Ordnung nach Wahlen im Frühjahr 2022 enden sollte. In einem zweiten Putsch im Mai 2021 konsolidierten jedoch die Militärs ihre Macht, zivile Kabinettsmitglieder wurden verhaftet oder entlassen, der Anführer der Putschisten, Oberst Assimi Goïta, zum Präsidenten ernannt.

Anfang 2022 verkündete die Junta einseitig die Verschiebung der für Februar geplanten Wahlen und die Verlängerung der Übergangsphase um bis zu fünf Jahre. Dies führte zu erheblichen politischen Irritationen in der Region aber auch mit den internationalen Partnern. ECOWAS verhängte daraufhin harte Sanktionen gegen Mali, denen sich die EU teilweise angeschlossen hat. Gegensanktionen und Flugverbote haben auch die Arbeit von MINUSMA beeinträchtigt. Hinzu kamen erhebliche Spannungen zwischen den Regierungen von Mali und von der in der Bevölkerung ungeliebten ehemaligen Kolonialmacht Frankreich. Der daraufhin beschlossene Abzug von Barkhane und Takuba bis Mitte Juni dieses Jahres stellt MINUSMA vor zusätzliche Sicherheitsprobleme.

| Die Aufgaben von MINUSMA

Gemäß dem Mandat vom Juni 2021 ([UN-Resolution 2584](#)) hat MINUSMA fünf Prioritäten:

1. Unterstützung der malischen Regierung bei der Implementierung des Friedensabkommens im Norden von Mali und der vollen Umsetzung der Transition;
2. Unterstützung der Wiederherstellung der staatlichen Autorität im Zentrum des Landes;
3. Schutz der Zivilbevölkerung;
4. Förderung und Schutz der Menschenrechte;
5. Humanitäre Hilfe.

Zusätzlich ist die Mission beauftragt, eine enge Koordination mit den malischen Sicherheitskräften und anderen internationalen Einsätzen (s.u.) zu gewährleisten. Spezifisch für die Einsatztruppe der G5-Sahel-Staaten (FC-G5S) soll außerdem Unterstützung in den Bereichen Logistik, Verbrauchsgüter (Nahrung, Wasser, Treibstoff) und medizinische Versorgung bereitgestellt werden. Die direkte Bekämpfung terroristischer Gruppen fällt ausdrücklich nicht unter das Mandat von MINUSMA. Dennoch ist MINUSMA mit bislang 272 Todesopfern ([Stand März 2022](#)) der gefährlichste laufende UN-Einsatz. Die aktuelle Personalstärke ([Stand: April 2022](#)) von MINUSMA beträgt 15.816 (12.266 Soldat:innen, 1.720 Polizist:innen und 1.828 zivile Kräfte).

| Das deutsche Engagement bei MINUSMA

Deutschland beteiligt sich seit ihrer ersten Mandatierung in 2013 an MINUSMA. Der Deutsche Bundestag verlängerte im Mai 2021 das Mandat für die Beteiligung der Bundeswehr an der Mission bis Ende Mai 2021. Der aktuelle Antrag der Bundesregierung für die Fortsetzung dieser Beteiligung für ein weiteres Jahr sieht eine Erhöhung der maximalen Truppenstärke von 1.100 auf bis zu 1.400 Soldat:innen vor. Zurzeit sind 1.027 Angehörige der [Bundeswehr](#) bei MINUSMA tätig, die meisten sind in Camp Castor in Gao stationiert. Neben den Bundeswehrangehörigen arbeiten vier deutsche [Polizist:innen](#) sowie zehn deutsche zivile Expert:innen bei MINUSMA (Stand: Mai 2022).

| Weitere Akteure: EU, G5-Sahel und Frankreich

EU Capacity Building Mission in Mali (EUCAP Sahel Mali) | Diese zivile Mission mit rund 110 Mitarbeiter:innen stärkt unter deutscher Beteiligung die Fähigkeiten der malischen Polizei, Nationalgarde und Gendarmerie durch strategische Beratung, Ausbildung und Begleitung. Zusätzlich unterstützt sie die Rückkehr der Zivilverwaltung ins Zentrum und den Norden von Mali.

EU Training Mission Mali (EUTM Mali) | Die militärische Ausbildungsmission sollte die Sicherheitskräfte Malis und der anderen G5-Sahel-Staaten (Burkina Faso, Mauretanien, Niger und Tschad) befähigen, die Sicherheit und territoriale Integrität ihrer Länder zu gewährleisten. Im April 2022 hat der EU-Außenbeauftragte, Josep Borell, die vorläufige Aussetzung der Mission verkündet. Die Bundesregierung hat daraufhin Anfang Mai [bekannt gegeben](#), das deutsche Engagement bei EUTM in Mali zu beenden, die Aktivitäten in Niger jedoch fortzuführen.

Opération Barkhane und Special Operations Task Force Takuba | Die rund 5.000 Soldat:innen umfassende französische Militärmission Barkhane operierte auf dem Gebiet aller G5-Sahel-Staaten. Ihre Aufgaben umfassten eigenständige offensive Operationen zur Terrorbekämpfung, in Mali aber auch die

Unterstützung der lokalen Streitkräfte und von MINUSMA in kritischen Bedrohungslagen und beim Transport von Verwundeten. Um Frankreich zu entlasten, wurde 2021 zusätzlich die von zehn europäischen Staaten unterstützte Takuba aufgestellt, an der Deutschland nicht beteiligt war. Frankreich entschied im Februar 2022, sowohl Barkhane als auch Takuba bis Juni 2022 aus Mali abzuziehen, in den anderen Staaten sollen sie jedoch weiter operieren.

G5-Sahel Joint Force (FC-G5S) | Diese Eingreiftruppe mit einer Personalstärke von insgesamt 5.000 ist kein Friedenseinsatz im herkömmlichen Sinn. Die je 1.000 Soldat:innen aus jedem der G5-Sahel-Staaten führen vor allem im eigenen Land Einsätze durch gegen Terrorgruppen und organisierte Kriminalität, dürfen aber bei der aktiven Verfolgung ihrer Gegner die Grenzen zu G5-Nachbarstaaten überschreiten. Teilweise operieren zwei oder drei G5-Sahel-Staaten auch gemeinsam in den Grenzregionen.

| Ausblick

Gruppe Wagner | Seit Ende letzten Jahres operieren russische Militärkräfte in Mali, die nach westlicher Einschätzung dem privaten Militärunternehmen „Gruppe Wagner“ zuzuordnen sind. Die malische Regierung spricht von offiziellen russischen Beratern und Ausbildern und besteht darauf, sich ihre Unterstützer frei wählen zu können. Problematisch könnte für MINUSMA die Sicherheitszusammenarbeit mit der malischen Armee werden, wenn russische Söldner an Einsätzen beteiligt sind. Nach Recherchen von [Human Rights Watch](#) sollen russischen Einsatzkräfte bereits an einem Massaker durch die malische Armee in Moura in Zentralmali beteiligt gewesen sein, bei dem über 300 Zivilisten zu Tode gekommen sein sollen. Eine unabhängige internationale Untersuchung hat die malische Regierung bisher abgelehnt.

Regionale Dimensionen | MINUSMA spielt auch für die Sicherheit der Nachbarstaaten Malis, insbesondere Niger und Burkina Faso, eine wichtige Rolle. In Niger konnten Regierungstruppen die Expansion dschihadistischer Gruppen zuletzt stoppen, es herrscht eine instabile Pattsituation. Eine Verschlechterung der Lage in Mali könnte auch die demokratisch gewählte und breit unterstützte Regierung von Niger stärker in Bedrängnis bringen. In Burkina Faso hat sich 2021 auf Grund der schlechten Sicherheitslage ebenfalls das Militär an die Macht geputscht, es sucht zunehmend den Schulterchluss mit der Militärjunta in Mali. Das macht internationale Unterstützungsleistungen für die Region zunehmend komplizierter, gleichzeitig aber auch die Rolle multilateraler Organisationen wichtiger.

Sicherheitslage | Die Führung von MINUSMA versucht, im Streit um die Festlegung eines neuen Wahltermins zwischen ECOWAS und der Junta zu vermitteln. Ziel ist, über einen Kompromiss auch verbindliche Schritte für den weiteren Transitionsprozess bis hin zu den Wahlen festzuschreiben. Für eine Mehrheit der malischen Bevölkerung sind Wahlen aber nicht erste Priorität. Ihnen geht es vor allem um mehr Sicherheit, bessere wirtschaftliche Chancen und einen tiefgreifenden politischen Reformprozess. Verständlich, denn die Sicherheitslage ist weiterhin prekär. Der Schutz der Zivilbevölkerung durch MINUSMA bleibt deshalb eine zentrale Aufgabe, ist aber nur im Umfeld der MINUSMA-Camps wirklich leistbar. Auch die humanitäre Lage bleibt durch die wirtschaftlichen Verwerfungen infolge von Klimawandel, Pandemie und ECOWAS-Embargo, aber auch wegen der Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die Nahrungsmittelversorgung, äußerst angespannt. Laut [Bericht](#) des UN-Generalsekretärs, stieg die Zahl der hilfsbedürftigen Menschen seit 2021 von 5,9 Millionen auf aktuell 7,5 Millionen.

Es ist im Kontext der kritischen Sicherheitslage und der komplizierten politischen Situation in Mali daher dringend geboten, dass Deutschland sein militärisches (aber auch polizeiliches und ziviles) Engagement bei MINUSMA fortsetzt. Ohne die Präsenz der Blauhelme wäre die Bevölkerung noch größeren Gefahren ausgesetzt, ohne die politische Begleitung durch die Vereinten Nationen könnte die Transition zu einer demokratisch legitimierten Regierung in Mali scheitern. Die Unterstützung dieser UN-Mission mit Finanzmitteln, Personal und politischer Rückendeckung ist im Frühjahr 2022 wichtiger denn je.